

Busse fahren nach Samstagsfahrplan

Ab Donnerstag

KREIS BÖBLINGEN (red). Weil die Verkehrsunternehmen mit einer täglich dünneren Personaldecke zu kämpfen haben und die Nachfrage deutlich abgenommen hat, wird das Fahrplanangebot im Kreis eingeschränkt. „Für alle Fahrgäste gibt es aber trotz der Einschränkungen ein verlässliches Grundangebot“, schreibt der Verkehrsverbund Stuttgart in einer Pressemitteilung.

Bei den Busunternehmen im Landkreis Böblingen tritt ab Donnerstag bis auf Weiteres ein erweiterter Samstagsfahrplan in Kraft. Er stellt sicher, dass besonders die Fahrgäste, die beispielsweise im Gesundheitsbereich oder im Verkauf arbeiten, ihren Arbeitsplatz nach wie vor zuverlässig erreichen. „Erweitert“ heißt, dass zusätzlich zu dem regulären Samstagsfahrplan in den Hauptverkehrszeiten, vor allem morgens, teilweise aber auch am späten Nachmittag, Busse unterwegs sind. Auch wird auf einzelnen Linien, die regulär keinen Samstagsverkehr aufweisen, dennoch ein verlässliches Grundangebot angeboten. Die Nachtbuslinien sowie die Rufbusse, die nur an Wochenenden unterwegs sind, entfallen ebenfalls. Bei kreis-überschreitenden Linien in die Landkreise Calw, Tübingen und Enzkreis gelten teilweise andere Regelungen.

Die S-Bahn Stuttgart ist seit Dienstag, 24. März, auf allen Linien nur noch im 30-Minuten-Takt unterwegs. Die Linie S60 fährt nur in den Hauptverkehrszeiten, Böblingen und Renningen. Die tägliche Frühverbindung zum Flughafen entfällt. Die Nacht-S-Bahnen am Wochenende fahren ebenfalls nicht mehr.

Die Regionalbahnen fahren grundsätzlich nur noch im Stundentakt. Die Nachtfahrten am Wochenende finden nicht statt. Die Schönbuchbahn ist nur noch alle 30 Minuten unterwegs. Abends ab 19.30 Uhr wird der Fahrplan auf einen Stundentakt reduziert. Die Ammertalbahn fährt nur noch jede Stunde.

Eine Übersicht zu den jeweils aktuellen Fahrplanänderungen befindet sich hier: www.dvscorona.com

Olympiade der Partnerstädte fällt aus

BÖBLINGEN (red). Die Stadtverwaltung Böblingen erreichte die Nachricht aus Pontaise, dass die Partnerstadt-Olympiade aufgrund des Corona-Virus vom 11. bis 15. Juli nicht stattfinden wird. Die Entscheidung über eine mögliche Verschiebung der Großveranstaltung steht noch aus. „Das ist ebenso bedauerlich wie verständlich und notwendig. Ich schicke meine besten Wünsche und Grüße für diese Zeit nach Pontaise in allen unseren Partnerstädte. Jetzt gilt hier wie überall: durchhalten, aushalten, zusammenhalten!“, meinte OB Stefan Bez.

Schmorbrand im Sicherungskasten

DAGERSHEIM (red). Ein Defekt in einem Sicherungskasten in der Turnhalle der Grundschule in Daggersheim war der Grund für einen Feuerwehreinsatz am Mittwochmittag gegen 11 Uhr. Wie die Polizei mitteilt, meldeten Anwohner einen starken Schmorgeruch aus der Turnhalle.

Beim Betreten der Turnhalle stellte die alarmierte Feuerwehr eine starke Rauchentwicklung in der Turnhalle fest. Schnell konnte ein Defekt in einem Sicherungskasten als mögliche Ursache festgestellt werden. Der Sicherungskasten wurde nach einer ausgiebigen Belüftung Technikern übergeben.

32-Jähriger in der Psychiatrie

EHNINGEN (red). Am Sonntagmittag rückte, wie berichtet, in Ehningen das Sonderesatzkommando der Polizei an, nachdem ein 32-jähriger Tatverdächtiger, der vermutlich unter dem Eindruck einer psychischen Ausnahmsituation stand, einen Mitbewohner verletzt hatte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurde der 32-Jährige einem Haftkranken vorgeführt. Dieser erlief einen Unterbringungsbeihilfe in eine psychiatrische Einrichtung.

Termin-Abgaben

Ortschaftsratsitzung abgesagt
NEUWEILER. Die für den 26. März, geplante Ortschaftsratsitzung wurde auf Grund der aktuellen Situation abgesagt.

Versammlung abgesagt
WEIL IM SCHÖNBUCH. Die Jahreshauptversammlung des Gesangsvereins Weil im Schönbuch am Freitag, 27. März, ist abgesagt.

Tempolimit soll B 464 weiter entschärfen

Mit einem Überholverbot und Tempolimits wollen die Behörden die Sicherheit erhöhen – Serie schwerer Unfälle zum Jahreswechsel

Nach einer Reihe schwerer Unfälle auf der B 464 zwischen Böblingen und Renningen im vergangenen Jahr hatte der Landkreis Böblingen und die Polizei vier Hinweisschilder aufgestellt und mobile Tempokontrollen eingesetzt. Jetzt folgen weitere Maßnahmen gegen Unfälle.

KREIS BÖBLINGEN (red). Die B 464 soll noch sicherer werden: Bei einem Spitzengespräch mit hochrangigen Vertretern beteiligter Behörden im Januar zudem weitere mittelfristige Maßnahmen besprochen und beauftragt zu prüfen. Eine behördenübergreifende Unfallkommission hat nun deren konkrete Umsetzung beschlossen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 90 Stundenkilometer auf dem Streckenabschnitt zwischen Darmshelm bis zum „Lückenschluss“ nördlich der B295 bei Renningen wird kommuniziert.

Auf demselben Teilstück soll eine doppelt durchgezogene Linie ein Überholverbot markieren. Die Doppellinie wird zudem profiliert ausgeführt, sodass Fahrer auch akustisch gewarnt werden, wenn sie die Linie überfahren. Die neue Linie wird im Zuge einer Fahrbahndeckensanierung aufgebracht. Die Sanierung erfolgt in zwei Abschnitten, der erste Abschnitt von Darmshelm bis zur Einmündung der Kreisstraße bei Maichingen ist für Mai geplant.

Mobiler Blitzer arbeitet mehrere Tage autark

Im Zuge dessen wird die B 464 um mehrere Nothalte-Buchten ergänzt, um havarierte Fahrzeuge von der Fahrbahn fernzuhalten und Staus zu vermeiden. Die Geschwindigkeitsüberwachungen der Polizei werden ergänzt um einen sogenannten Enforcement-Trailer des Landkreises Böblingen, ein teilstationäres Überwachungsgerät, das mehrere Tage an einer Stelle eingesetzt werden kann. Dabei arbeitet das Gerät autark und benötigt keine personelle Betreuung.



Die B 464 zwischen Sindelfingen und Renningen war Ende 2019 der Schauplatz zwei schlimmer Unfälle: vier Menschen starben

Foto: Archiv/STS

„Die Unfälle haben mich sehr betroffen gemacht. Wir haben uns mit allen zuständigen Stellen rasch zusammengesetzt und gemeinsame Lösungen für eine optimierte Verkehrssicherheit gefunden. Ich appelliere jedoch besonders an die Autofahrer, rücksichtsvoll zu fahren und sich nicht ablenken zu lassen“, sagt Landrat Roland Bernhard. Polizeipräsident Burkhard Metzger ergänzte: „Wir freuen uns, dass wir innerhalb kurzer Zeit gemeinsam ein ganzes Bündel an Maßnahmen auf den Weg bringen konnten, die zur Entschärfung dieses unfall-

trächtigen Streckenabschnitts beitragen sollen. Im Zuge unserer Verkehrsüberwachungsmaßnahmen werden wir ein besonderes Augenmerk auf das Fahrverhalten und hier vor allem auf die Ablenkung durch Benutzung von Mobiltelefonen richten.“

Der Leiter des Referats für Straßenplanung beim Regierungspräsidium Stuttgart, Jürgen Holzwarth, meint: „Wir sind sicher, dass die geplanten verkehrstechnischen und straßenbaulichen Maßnahmen kurzfristig wirken und die Verkehrssicherheit dauerhaft gesichert ist.“

Hintergrund

Tödliche Unfälle auf der B 464

- Am 29. November 2019 krachte ein 57-jähriger Mercedes-Fahrer mit einem Autotransporter zusammen – drei Menschen starben.
- Am 9. Dezember 2019 raste der 36-jährige Fahrer eines BMW während eines Überholvorganges in einen entgegenkommenden VW – und starb.

Lesermeinung

Land steht in der Pflicht

Zum Rückspiegel „Taschenspieler-Trick“ vom 21. März über die Gutachten der Allianz-Versicherung im Böblinger Erdbungs-Strat

Als „Taschenspieler-Trick“ wurde das Begutachtungsergebnis der Allianz-Versicherung bezeichnet für die Frage, ob ein oder zwei Hebunggebiete im Süden und damit, ob fünf oder zehn Millionen Euro Entschädigung? Ich bin Jurist, kein Geologe. Deshalb maße ich mir kein Urteil an über obige Frage, ob ein oder zwei Hebunggebiete Versicherungsrechtlich zutreffend ist jedoch die von der Allianz gezogene Schlussfolgerung: Bei nur einem Hebungsbereich liegt nur ein Schadensfall vor, also nur fünf Millionen Euro Versicherungssumme für alle dadurch verursachten Schäden (daran schuld ist das Land, weil es die Versicherungs-Mindestsummen anders hätte beschreiben können und sollen). Also fehlen Millionen für die erforderliche Schadenswiedergutmachung. Im „Rückspiegel“ wird kritisiert, dass wegen dieses Ergebnisses „die populistischen Rufe nach einem staatlichen Hilfspfand wieder lauter werden.“ Diese Rufe nach staatlicher Hilfe existieren seit dem Bekanntwerden der durch die EWS-Bohrungen entstandenen Schäden (2013) und wurden selbst von Landrat Bernhard und Landtagsabgeordneten erhoben.

Im Übrigen hatte der Böblinger CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth schon 2015 in seiner Presseerklärung zutreffend festgestellt: „Für das Land besteht eine moralische und politische Pflicht, den durch

der KRZ: „Es ist eine Frage der Zeit, bis der erste Politiker weich wird“ (nämlich sich für die EWS-Geschädigten um staatliche Hilfe zu bemühen). Und vorwurfsvoll: „Am Ende soll es der Steuerzahler richten.“ Natürlich müssen es die Steuerzahler ausbaden, wenn der Staat Fehler gemacht hat. Die Rufe nach einem Hilfspfand sind auch nicht „populistisch“, sondern rechtens. Denn in der Haftungskette für die EWS-Schäden steht auch das Land, rechtlich zwar nicht an erster Stelle, aber doch an dritter Stelle: nach dem Bohrerunternehmen Gungl bzw. dessen Versicherung Allianz (1.), nach den Grundstückseigentümern als den Bohrerherren bzw. deren Versicherungen (2.) als 3. Haftender das Land wegen zumindest fahrlässiger Amtspflichtverletzungen seiner Beschäftigten im Wasserwirtschaftsamt bei Landratsamt (LRA). Denn obwohl sich die damaligen Richtlinien für EWS-Bohrungen (Leitlinien des Umweltministeriums BW vom Mai 2005) in erster Linie an die Untere Verwaltungsbehörden richteten, hatten die Bestenisten im LRA sich auf den Standpunkt gestellt, sie müssten die Bohranträge lediglich entgegennehmen, sie müssten nichts prüfen, nichts genehmigen und nichts kontrollieren. Und genau so haben sie sich dann auch verhalten (gleich bei den ersten drei Bohrungen wurden statt der angemeldeten je 99 Meter Tiefe im Herdweg vom LRA unbemerkt einmal 130 Meter und zweimal 134 Meter tief gebohrt).

Im Übrigen hatte der Böblinger CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth schon 2015 in seiner Presseerklärung zutreffend festgestellt: „Für das Land besteht eine moralische und politische Pflicht, den durch

die politisch gewollten Erdwarmebohrungen Geschädigten zu helfen. Wenn das Land eine Empfehlung für Erdwarmebohrungen ausspricht, muss es auch jenen helfen, die dadurch zu Schaden gekommen sind.“

Fritz Ott, Böblingen

Infizierte isolieren statt Kontaktverbot

Zu Kontaktverbot und Gesundheitssystem
Am Sonntag gab die Bundeskanzlerin weitreichende Notstandsmaßnahmen zur Corona-Krise bekannt. Dann folgte ein massives Programm von fast einer Billion Euro zur Unterstützung der Wirtschaft. Wenn nutzen diese Maßnahmen wirklich? Im Mittelpunkt steht ein „Kontaktverbot“, „Ansammlungen“ von mehr als zwei Personen werden verboten. Natürlich sind ein wirksamer Gesundheitsschutz wie hygienische Vorsichtsmaßnahmen oder das Abstandsgebot wichtig und einzuhalten. Aber ist das Kontaktverbot der richtige Weg, um die Krise einzudämmen? Der Experte der Weltgesundheitsorganisation WHO, Mike Ryan, meint: „Worauf wir uns wirklich konzentrieren müssen, ist die Kranken mit Infektion zu finden und sie zu isolieren.“ Dies geht aber nur mit ausreichenden Testmöglichkeiten, von denen es in der Bundesrepublik viel zu wenige gibt. Warum? Ebenso sind massenweise Schutzkleidungen, Mundmasken, Desinfektionsmittel für den Schutz notwendig. Doch das ist alles nicht ausreichend vorhanden. Warum? Seit Jahren wird im Gesundheitswesen abgebaut. Betten, Pflegepersonal, alles wurde der der Maxime „Es muss mehr Ge-

winn abwerben“ eingespart. Heute fliegt uns das um die Ohren und die Bevölkerung leidet darunter. Jetzt soll das Kontaktverbot ernsthaft der Stein der Weisen sein. Warum arbeiten dann immer noch Millionen von Leuten in der Industrie oft eng beieinander wie bei Siemens und in den Stahlhöfen?

Gerade die großen Pkw-Konzerne in Deutschland stellen ihre Produktion ein und nutzen die Corona-Krise dabei nur aus. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise führte schon seit 2018 zum Rückgang in Absatz und zu Gewinneinbußen. Nun tut man so, als seien die ganzen Probleme der kapitalistischen Überproduktionskrise ausschließlich die Folge von Corona. Mit dem Kurzarbeitergeld und den Staatshilfen soll die Gesellschaft, also wir Bürger, die Krisenlasten zahlen. Am Freitag hieß es noch, man wolle das Wochenende abwarten, wie sich die Bürger verhalten. Obwohl es nur Lob über die ruhigen Tage gab, wurde am Sonntag trotzdem die „Notstandsmaßnahmen“ beschlossen. Will die Regierung mit diesen Maßnahmen wirklich helfen? Oder soll die Bevölkerung sich daran gewöhnen, mundtot gemacht zu werden, indem keinerlei direkte Kommunikation, keinerlei Protest mehr möglich ist, die Polizei allgegenwärtig ist und sogar die Bundeswehr eingesetzt werden soll? Wenn man den Abstand von zwei Metern einhält und sich vernünftig verhält, sind „Ausgangssperren“ unnötig. Können kleinere gewerkschaftliche und politische Treffen stattfinden. Wer hat Angst davor und möchte dies unbedingt verhindern? Wir sollten uns darüber Gedanken machen.

Johanna Jäckh-Vermeulen, Sindelfingen

Jede helfende Hand wird gebraucht

DRK Sindelfingen hält trotz Corona-Gefahr mit behördlicher Sondererlaubnis einen Sanitätsgrundausbildungskurs ab

SINDELFINGEN (red). Im Kampf gegen das Coronavirus stehen 14 von 2000 Helfende der DRK-Sanitätsdienstleistungen neu ausgebildete Sanitäterinnen und Sanitäter von DRK-Gemeinschaften aus dem ganzen Landkreis Gungl bei Fuß. Trotz des stets mitschwingenden Ansteckungsrisikos konnten die Ausbilder des DRK-Ortsvereins Sindelfingen auf Betreiben des Landratsamts und der Stadt Sindelfingen die gerade laufende Ausbildung der 14 jungen DRK-Angehörigen mit amtlicher Sondererlaubnis erfolgreich abschließen, heißt es in einer Pressemitteilung des Deutschen Roten Kreuzes.

Bei der Abwägung von Risiko und Nutzen des Abschlusses der DRK-Sanitätsgrundausbildung überweg bei allen Beteiligten – auch bei den zuständigen Behörden – der Aspekt, dass in den nächsten Wochen wohl jede ausgebildete helfende Hand gebraucht werden wird. Damit diese helfenden Hände dann auch zur Verfügung stehen können, prägten entsprechend umfangreiche Präventionsmaßnahmen das letzte Ausbildungswochenende. Neben einer Lehrsaalbestuhlung, mit der der empfohlene Mindestabstand zwischen den Lehrgangsteilnehmern eingehalten werden konnte, trugen alle Lehr-

gasbeteiligten Atemschutzmasken. Die Masken schützen zwar nur andere vor der eigenen Atemluft, wenn aber alle solche Atemmasken tragen, ist auch so das Übertragungsrisiko nahezu gegen null minimiert. Im Gegensatz zu China, wo diese Praxis im

gesamten öffentlichen Leben schon immer geübt wird und wohl auch dieses Mal erfolgreich war, vermisst man eine solche Präventionsmaßnahme in den westlichen Ländern. „Eine Sanitätsausbildung mit Atemmasken, das haben wir in unserer über

30-jährigen Ausbildertätigkeit nie erlebt“, sind die beiden Ausbildungsleiter Thomas Brückner und Wolfgang Bux.

Natürlich war in der gegenwärtigen Situation das Thema Infektionskrankheiten und die Hygienemaßnahmen zur Verhinderung ihrer weiteren Ausbreitung Schwerpunkt der Ausbildung. Intensiv geschult wurden daneben Maßnahmen der Wiederbelebung sowie Maßnahmen bei akuten Fällen wie bei Schlaganfällen, Blutgefäßverschlüssen an den Extremitäten oder bei Sportverletzungen. In „normalen“ Zeiten bilden sogenannte Sportplatzdienste einen Schwerpunkt der DRK-Sanitätsdienste. Wert gelegt wurde bei der Ausbildung darauf, den Teilnehmern zu vermitteln, dass sich bei den Patienten nicht bloße Objekte medizinisch-technischer Maßnahmen sind, sondern Menschen, die auch der mitmenschlichen Betreuung und Zuwendung bedürfen. „Der Verantwortungsdruck hinsichtlich des Abschlusses des Sanitätslehrgangs war bei den als Lehrgangsteilnehmer und Ausbilder tätigen Sindelfinger DRK-Ehrenamtlichen enorm.“ meinte DRK-Kreisereitschaftsleiterin Birgit Bux bei der Übergabe der Teilnahmebescheinigungen.



Mit Maske und weit auseinander: die Teilnehmer am DRK-Kurs

Foto: red